

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW**

### **Keine Waffen für den Krieg in Gaza – Rüstungsexporte an Israel stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kriegführung der israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im Gazastreifen stellt eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar und ist von Israels legitimen Recht auf Selbstverteidigung infolge des schrecklichen Massakers am 7. Oktober 2023, bei dem von der Hamas 1.200 Menschen in Israel getötet und 250 verschleppt wurden, von denen sich immer noch mehr als 100 als Geiseln im Gazastreifen befinden, nicht gedeckt. Die Bombardements auf Zivilisten und die systematische Zerstörung ziviler Infrastruktur wie Krankenhäuser und Schulen sowie die Behinderung ausreichender humanitärer Hilfe durch Israel haben zu einer humanitären Katastrophe im Gazastreifen geführt. Nach UN-Angaben wurden dort durch die israelischen Angriffe seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 32.000 Menschen getötet, darunter mehr als 13.000 Kinder. Mehr als 75.000 Menschen wurden verletzt. Rund zwei Millionen Menschen, 85 Prozent der Bevölkerung, mussten innerhalb des Gazastreifens fliehen. Die Hälfte der Bevölkerung, 1,1 Millionen Menschen, leidet unter einer katastrophalen Ernährungssituation und ist vom Hungertod bedroht.

Die israelische Regierung weigert sich, die völkerrechtlich verbindliche Resolution 2728 des UN-Sicherheitsrates vom 25. März 2024 für eine sofortige Waffenruhe im Gazastreifen anzuerkennen und umzusetzen. Am 1. April 2024 tötete die israelische Armee durch gezielte Luftangriffe sieben Mitarbeiter der internationalen Hilfsorganisation World Central Kitchen (WCK). Laut UN-Generalsekretär António Guterres stieg damit die Zahl der in diesem Konflikt getöteten Mitarbeiter von Hilfsorganisationen auf 196, darunter mehr als 175 UN-Mitarbeiter.

Der rechtsverbindlichen Anordnung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Zusammenhang mit Südafrikas Völkermord-Klage gegen Israel, das Leben palästinensischer Zivilisten zu schützen und ausreichende humanitäre Hilfe zu ermöglichen, kommt die israelische Regierung nicht nach. Ungeachtet dessen hält die Bundesregierung an Waffenlieferungen für Israel fest. Deutschland ist nach den USA Israels zweitgrößter Waffenlieferant. Laut Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) machten deutsche Waffen in den letzten fünf Jahren 30 Prozent der israelischen Rüstungsimporte aus. Im vergangenen Jahr betrug der Anteil Deutschlands 47 Prozent, dicht hinter den USA mit 53 Prozent. Im Jahr 2023 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte an Israel im Wert von 326,5 Millionen Euro genehmigt – eine Verzehnfachung im Vergleich zum Vorjahr. Unter den zum Großteil nach Beginn des

Krieges genehmigten Rüstungsexporten befinden sich Kriegswaffen im Wert von 20 Millionen Euro, darunter 3.000 tragbare Panzerabwehrwaffen, 500.000 Schuss Munition für Maschinengewehre, Maschinenpistolen oder andere voll- oder halbautomatische Schusswaffen.

Deutschland hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels einzutreten. Aus dieser Verantwortung erwächst jedoch nicht die Pflicht, den Krieg der israelischen Regierung in Gaza, der die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht fundamental verletzt, bedingungslos zu unterstützen. Mit der anhaltenden Lieferung von Waffen an Israel leistet die Bundesregierung Beihilfe zu möglichen Kriegsverbrechen.

Ein niederländisches Gericht hat am 12. Februar 2024 die Lieferung von Teilen für F-35-Kampffjets an Israel untersagt, da ein großes Risiko bestehe, dass Israel damit das humanitäre Völkerrecht verletzt. Ende März hat die Regierung des NATO-Mitglieds Kanada entschieden, wegen der humanitären Lage in Gaza keine Waffen mehr an Israel zu exportieren. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen forderte am 5. April 2024 in einer von einer breiten Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützten Resolution mit den Stimmen von Algerien, Bangladesch, Belgien, Brasilien, Burundi, Chile, China, Cote d'Ivoire, Kuba, Eritrea, Finnland, Gambia, Ghana, Honduras, Indonesien, Kasachstan, Kuwait, Kirgisistan, Luxemburg, Malaysia, Malediven, Marokko, Katar, Somalia, Südafrika, Sudan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Vietnam, ein Ende von Waffenlieferungen an Israel, „um weitere Verletzungen von internationalem humanitärem Recht und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern“.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

angesichts der schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch das israelische Militär ihre Genehmigungen für Rüstungsexporte an Israel zu widerrufen und ein Waffenembargo gegen Israel zu verhängen sowie Israel aufzufordern, die bisher gelieferten Waffen nicht im Gaza-Streifen einzusetzen, um die Anordnungen des IGH gegenüber Israel zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Resolution des UN-Menschenrechtsrats mit der Forderung nach einem sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an Israel wie auch die Resolution des UN-Sicherheitsrates für eine sofortige Waffenruhe im Gazastreifen wirksam zu unterstützen.

Berlin, den 9. April 2024

**Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe**